

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den
Österreichischen Universitäten
Projekt Internationale Entwicklung /
Zentrum für überfakultäre Forschung der Universität Wien

Redaktion:

Gerald Faschingeder, Karin Fischer (verantwortl.),
Margit Franz, Ingeborg Grau, Irmi Hanak,
Franz Kolland, René Kuppe, Brita Neuhold,
Andreas Novy, Herwig Palme,
Christof Parnreiter, Petra Purkarthofer,
Kunibert Raffer, Andreas Schedler,
Walter Schicho, Anselm Skuhra

Board of Editors:

John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig),
Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda),
Peter Jankowitsch (Paris), Friedrich Katz (Chicago),
Helmut Konrad (Graz), C. T. Kurien (Madras),
Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur),
Dieter Rothermund (Heidelberg),
Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston),
Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Brandes & Apsel / Südwind

Auf Wunsch informieren wir regelmäßig über das Verlagsprogramm sowie die Beiträge dieser Zeitschrift. Eine Postkarte an den Brandes & Apsel Verlag, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M. genügt. Oder per e-mail: **Brandes-Apsel@t-online.de** genügt. Nähere Informationen über bisher erschienene Hefte (Schwerpunkte, Beiträge etc.) erhalten Sie auch direkt unter folgender Internet-Adresse:
<http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/jep>

Gefördert aus öffentlichen Mitteln  Österreichische
 Entwicklungszusammenarbeit

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

ISSN 0258-2384, ISBN 3-86099-631-2, Erscheinungsweise: vierteljährlich, Heft 3/2002; XVIII. Jg.
 Preis Einzelheft: € 9,90/ sFr 18,30, Preis Jahresabonnement: € 39/ sFr 68,- Abonnementsbezug für Deutschland, Schweiz u. a.:
 Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M.
 Abonnementsbezug nur für Österreich:
 Südwind-Buchwelt Buchhandels-ges. m. b. H., Baumgasse 79, A-1034 Wien
 Redaktionsadresse:
 Journal für Entwicklungspolitik, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien
 E-mail: int-entwicklung@univie.ac.at

1. Auflage 2002

© by Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M.

Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion und des Verlages. Das gilt insbesondere für Nachdrucke, Bearbeitungen und Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in allen Arten von elektronischen und optischen Systemen, der öffentlichen Wiedergabe durch Hörfunk-, Fernsehsendungen und Multimedia sowie der Bereithaltung in einer Online-Datenbank oder im Internet zur Nutzung durch Dritte. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien. Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die Autoren bzw. die Redaktion.

Umschlaggestaltung: Volker Plass, Wien

Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien/A-5026 Salzburg

Druck: Difo-Druck GmbH, Bamberg, Deutschland

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfrei gebleichtem Papier

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme:

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.

ISSN 0258-2384

ISBN 3-86099-631-2

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK, XVIII. Jg., Heft 3, 2002

Austrian Journal of Development Studies

Neoliberalism at work: Netzwerke, Wissensproduktion und neue Eliten in der Peripherie

Schwerpunktredakteurin: Karin Fischer

Editorial 205

Artikel

Bernhard Walpen
 Neoliberale Wissensproduktion in Taiwan
 Eine erste Problemskizze 209

Karin Fischer
 Neoliberale Transformation in Chile
 Zur Rolle der ökonomischen und intellektuellen Eliten 225

Dieter Plehwe
 Neoliberale Ideen aus der nationalen Peripherie ins Zentrum gerückt:
 Der Fall Mexiko 249

Nora Sausmikat
 Die Intellektuellen und der Staat:
 Neue Diskursstrategien zu Demokratisierung und politischer Reform
 in der Volksrepublik China 265

Issa G. Shivji
 From Liberation to Liberalization
 Intellectual discourses at the University of Dar es Salaam, Tanzania . 281

Rezensionen 295

Über Autoren und Autorinnen 301

Informationen für Autoren und Autorinnen 302

Editorial

Jede Revolution hat ihre Theoretiker und Intellektuellen. Jede historische Epoche verfügt über ein „arsenal of articulated ideas, not just an arsenal of weapons“, schreibt der tansanische Rechtsprofessor *Issa G. Shivji* in seinem Beitrag, um hinzuzufügen, dass er mit dieser Haltung, den Ideen und Intellektuellen eine derart prominente Rolle im gesellschaftlichen Wandel einzuräumen, in den 1960er Jahren wohl umgehend als kleinbürgerlicher Idealist denunziert worden wäre. Ideen alleine verändern nicht die Verhältnisse, keine Frage, aber auch Karl Marx hätte ihm wohl kaum widersprochen, dass es Ideen und politische Visionen braucht, damit die Massen Berge versetzen – oder ein neues Entwicklungsmodell durchgesetzt werden kann.

Shivjis Anspielung auf die intellektuelle Kultur der 1960er Jahre bezieht sich darauf, dass kritische Gesellschaftsanalyse zuallererst die Frage nach den Machtverhältnissen und konfliktiven Interessen zu stellen hatte. Mittlerweile ist die Rolle der Intellektuellen und die Wirkungsmacht dominanter Ideologien bei der Durchsetzung bestimmter Entwicklungsvorstellungen zu einem breiten sozialwissenschaftlichen Untersuchungsfeld geworden. Insbesondere um den Richtungswechsel vom Keynesianismus zum Neoliberalismus zu erklären, vor allem aber um die fortgesetzte Dominanz neoliberaler Prinzipien in Ökonomie und Gesellschaft zu begründen, bieten diese Arbeiten wichtige Einsichten.

Der Kernpunkt der Analysen besteht darin, das komplexe Ensemble von Akteuren, ideologischen Diskursen und Institutionen in den Blick zu nehmen. Dies ist auch das Anliegen der im vorliegenden Heft versammelten Beiträge. In Auseinandersetzung mit dem Generalthema dieser Ausgabe, „Neoliberalism at work“, lautet die Fragestellung der AutorInnen: Wie konnten liberale Prinzipien auf dem Feld von Politik und Ökonomie, von Ideen und individuellen Werthaltungen bestimmend werden? Wie wurde ein bestimmtes Entwicklungsmodell zum allgemein akzeptierten Maßstab gesellschaftlicher Modernisierung? Welche Strategien verfolgen politische, ökonomische und intellektuelle Eliten, um ihre Vorstellungen in der Öffentlichkeit zu verankern und nachhaltig zu legitimieren? Und wie sichern sie ihre Interessen über Organisationen, Regeln und Institutionen ab?

Dass ein System von Ideen nicht als passive Widerspiegelung der sozialen Verhältnisse oder ökonomischer Veränderungen zu betrachten ist – Ideen und soziale Realität also in einem Wechselverhältnis zueinander stehen –, diese Einsicht wird meist mit Antonio Gramsci verbunden. Gramsci analysierte historische Strukturen als Dreiecksverhältnis von materiellen Strukturen (den Produktionsverhältnissen), Institutionen (wie Staaten, internationale Organisationen etc.) und Ideen (Weltbilder, Vorstellungen von sozialer Ordnung und Entwicklung). Der Kampf um die gesellschaftliche Vorherrschaft zwischen ver-

schiedenen Gruppen ist damit immer *auch* ein Kampf um die „Gültigkeit“ und Akzeptanz von Ideen. Politische Dominanz muss in der kulturellen Sphäre errungen und dort auch abgesichert werden, weil „Hegemonie“ eben auch an kulturelle und soziale Gewohnheiten, ideologische Weltbilder und an das Alltagsbewusstsein der Bevölkerung gebunden ist. Welches Bild sich die Menschen von der Welt und ihrer eigenen Lage machen, ist demnach entscheidend für die Verwurzelung von Politik. Gramsci suchte – im Gefängnis mit dem Sieg des italienischen Faschismus konfrontiert – auf diese Weise die Niederlage der Arbeiterbewegung zu erklären. Damit war für ihn auch die Frage verbunden, wie gegenhegemoniale Strukturen und Bewegungen aufgebaut und künftige intellektuelle Freiräume der Demokratie geschaffen werden können.

Ohne die Schriften des italienischen Philosophen und Antifaschisten zu kennen, gelangte knapp 15 Jahre später der liberale Altmeister Friedrich A. Hayek zu ganz ähnlichen Schlüssen. Er sah sich in den 1940er Jahren mit einer anderen dominanten Ideologie konfrontiert, nämlich – in seiner Sichtweise – mit dem „Vormarsch des Sozialismus“. Seine Überlegungen zielten darauf, wie der herrschende Zeitgeist in eine marktradikale Richtung beeinflusst werden könne. Wollte man den Keynesianismus (dieser galt ihm genauso wie der New Deal in den USA als eine Form von „Sozialismus“) wirksam bekämpfen, müsse ein glaubhafter und radikaler Gegenentwurf, eine liberale Utopie, erarbeitet werden. Anschließend ginge es darum, in die Politikberatung einzudringen sowie auf die öffentliche Meinung und die individuellen Werthaltungen in der Bevölkerung einzuwirken. Den Intellektuellen kommt dabei eine zentrale Aufgabe zu. Nach Hayek sind sie es, die neues Wissen erarbeiten und über Institutionen, Netzwerke und Medien „das charakteristische Meinungsklima, die dominante *Weltanschauung* einer Periode schaffen, die für die Aufnahme einiger Meinungen günstig und für andere ungünstig“ sind. Die praktische Konsequenz aus seiner Analyse bestand darin, für die Etablierung entsprechender Institutionen, Organisationen und medialer Einflusskanäle zu sorgen. Hayek und seine liberalen Mitstreiter setzten also konsequent in die Praxis um, was Gramsci theoretisiert hatte, wie *Bernhard Walpen* in seinem Beitrag zeigt: Sie begannen eine intellektuelle und organisatorische Grundlage in der Gesellschaft zu schaffen, um den Liberalismus als Weltanschauung stark zu machen.

Gegenwärtig sind wir mit dem „Neoliberalism at work“ konfrontiert. Liberale Prinzipien bestimmen heute weitgehend Politik, Wirtschaft, Gesellschaft bis hin zu individuellen Werthaltungen. Diese Dominanz beruht weniger auf Zwang (auch wenn sie in einigen Fällen mit offener Gewalt durchgesetzt wurde, wie *Karin Fischer* am Beispiel der neoliberalen Transformation in Chile zeigt), sondern auf Konsens. Gerade das ist das Merkmal von ideologischer Vorherrschaft resp. gesellschaftlicher Hegemonie, wie Gramsci sie konzeptualisiert hat: Es wurde „erfolgreich“ ein gesellschaftliches Klima geschaffen, das für die Annahme und Umsetzung liberaler Politikmuster, Denk- und Praxisformen günstig ist.

Mit dem Hinweis auf die erfolgreiche Stabilisierung neoliberaler Hegemonie soll keineswegs einer wie immer gearteten Allmacht des Neoliberalismus das

Wort geredet werden. Der Hefttitel „Neoliberalism at work“ verweist vielmehr auf dessen prozesshafte Durchsetzung und damit auch auf die Veränderbarkeit bestehender Konstellationen. Eine Untersuchung des komplexen Zusammenwirkens von intellektuellen Strategien und konkreter Interessenorganisation soll gerade den Blick für die Gestaltbarkeit der Zukunft schärfen.

Die versammelten AutorInnen untersuchen den „Neoliberalism at work“ in unterschiedlichen Kontexten. *Bernhard Walpen* und *Dieter Plehwe* gehen in ihren Studien zu Taiwan resp. Mexiko der Frage nach der Produktion und Stabilisierung von neoliberaler Hegemonie im gesellschaftlichen Diskurs nach. Dabei wird zum einen der „organisierte Ideendiskurs“ analysiert und der Versuch unternommen, dessen Einfluss in der Gesellschaft zu ermitteln. Im Zentrum dieses organisierten Ideendiskurses stehen Think Tanks und Netzwerke, die für die Produktion und Verbreitung (neoliberalen) Wissens sorgen. Das Interesse der beiden Autoren gilt zum anderen der organisatorischen Vernetzung von intellektuellen, ökonomischen und politischen Eliten, wie sie über gemeinsame Ausbildungskarrieren und in transnationalen Elitenetzwerken, insbesondere in der von Hayek und anderen neoliberalen Vordenkern ins Leben gerufenen *Mont Pèlerin Gesellschaft*, stattfindet. Die transnationale Erarbeitung, Verteilung und Propagierung neoliberalen Wissens ist demnach ein wichtiger Mechanismus zur Durchsetzung des neoliberalen Modells von Globalisierung, genauso wie die uniforme Ausbildung ökonomischer Experten, die als „organische Intellektuelle“, in nationalen Regierungen und internationalen Institutionen ihre Expertisen erarbeiten. Der theoretische Referenzpunkt dieser kritisch-analytischen Bearbeitungen ist bei Antonio Gramsci zu finden: Medien, Think Tanks, private Stiftungen und Universitäten werden als „Hegemonieapparate“ in der Sphäre der Zivilgesellschaft analysiert, die gesellschaftliche Macht- und Kräfteverhältnisse sozial, kulturell und ideologisch absichern.

Karin Fischer behandelt in ihrem Beitrag die gewaltsame Durchsetzung der neoliberalen Transformation in Chile. Neben den dominanten Unternehmersektoren kommen dabei auch hier die marktradikalen Ökonomen als „organische Intellektuelle“ des Regimes in den Blick. Sie wurden zu einflussreichen Akteuren innerhalb der politischen Elite: Als „unabhängige“ Experten wirkten sie einerseits daran mit, neoliberale Doktrinen als „wissenschaftlich objektive Lehrmeinungen“ in der chilenischen Öffentlichkeit zu verankern, andererseits sorgten sie für die Formulierung und Umsetzung der solcherart als „objektiv notwendig“ dargestellten neoliberalen Strukturanpassungsmaßnahmen. Um die anhaltende Wirkungsmacht des unter Pinochet durchgesetzten „neoliberalen Gründungsprojekts“ in Ökonomie und Gesellschaft – auch nach dem Übergang zur Demokratie – zu erklären, wird gezeigt, auf welche Weise Staatsführung, Intellektuelle und Technokraten (im Verbund mit Medien) zusammenwirkten, um die Gesellschaft systematisch marktförmig zu machen. Wesentlichen Anteil daran hatten ein machtvoller neoliberaler Diskurs, konkrete Interessenorganisation und die Etablierung und institutionelle Absicherung einer ökonomischen Expertokratie.

Nora Saumikat stellt in ihrem Text die gegenwärtig anzutreffenden intellektuellen Diskurse zu Demokratie und politischer Reform in der VR China vor. In

ihrer eher pluralismustheoretisch geleiteten Untersuchung werden die verschiedenen intellektuellen Strömungen weniger in den Zusammenhang von konkreter Interessensorganisation gestellt. Ihr Aufsatz bietet vielmehr interessante Einblicke in eine vielfältige Diskurslandschaft, in der eine spannungsreiche Auseinandersetzung über gesellschaftliche Zielvorstellungen und über künftig einzuschlagende Entwicklungsstrategien geführt wird.

Issa G. Shivji beleuchtet schließlich in seinem sehr persönlich gehaltenen Essay die „intellektuelle Transformation“ am Beispiel der Universität Dar es Salaam. Von dort sind in den 1960er Jahre wichtige Impulse für die antikolonialen Befreiungskämpfe und weltweiten Aufbruchbewegungen ausgegangen. Die Transformation der Wissensproduktion (from *liberation* to *liberalization*) beschreibt Shivji auf drei Ebenen. Auf der Ebene der Akteure verwandelten sich die politischen Intellektuellen in Berater und Konsulenten in Entwicklungsfragen; statt kritischer Gesellschaftsanalyse besteht ihre wissenschaftliche Tätigkeit in der Erstellung von Gutachten, die von westlichen Entwicklungspraktikern umgesetzt werden (oder auch nicht). Auf ideologischer Ebene dominiert der westlich geprägte Diskurs über Menschenrechte; auf institutioneller Ebene haben NGOs und ihr Konzept von „Anwaltschaft“ indigene Organisationsformen, die ihr Eintreten für soziale, politische und ökonomische Rechte als gesellschaftlichen Kampf sehen, abgelöst. Als einer, der nach wie vor und mit großem Engagement in beiden Sphären – als politischer Intellektueller und (NGO-)Aktivist – tätig ist, versteht Shivji seinen Beitrag als Plädoyer für eine Politisierung der Zivilgesellschaft.

Eine Transformation ohne Richtungswechsel ist aus der Redaktion des *Journal für Entwicklungspolitik* zu vermeiden. Franz Kolland, der vor fast 20 Jahren die Gründung des JEP initiierte und es seither in geschäftsführender und verantwortlicher Funktion betreute, beschränkt seine Tätigkeit fortan auf die eines „normalen“ Redaktionsmitglieds. Für sein mit viel Engagement und Zeitaufwand betriebenes Ehrenamt gilt ihm unser aller Dank.

Karin Fischer

Journal für Entwicklungspolitik XVIII/3, 2002, S. 209–224

Bernhard Walpen

Neoliberale Wissensproduktion in Taiwan Eine erste Problemskizze

Der Beitrag widmet sich der Frage, wie neoliberale Hegemonie im gesellschaftlichen Diskurs produziert und stabilisiert wird. Die zunehmende Diskussion über die „Rolle der Ideen“ in Politik und Wissenschaft aufgreifend (vgl. Hall 1989), gilt mein Interesse vor allem dem organisatorischen und inhaltlichen Zusammenhang unabhängiger, aber vernetzter Wissenschaftler sowie den Produktionsbedingungen und Distributionsweisen marktradikaler Ideen, wie sie in transnationalen Netzwerken wie der *Mont Pèlerin Society* (MPS) und den Think Tanks in ihrem Umfeld vorzufinden sind. Anhand der neoliberalen Diskursnetzwerke und ihrer materiellen Fundierung in zivilgesellschaftlichen Organisationen – wie Stiftungen, Think Tanks und Klubs – kann ein Bereich der (neoliberalen) Hegemonie paradigmatisch untersucht werden.

In den folgenden Ausführungen wird der Frage nachgegangen, wie es möglich wurde, dass sich der Neoliberalismus in den unterschiedlichsten Kontexten ab 1980 durchsetzen konnte. Die Darstellung erfolgt unter besonderer Berücksichtigung der Situation in Taiwan, wo mir im Mai 2000 die Möglichkeit eines Aufenthalts geboten wurde.¹

In ihrer Studie zu Mexiko hält Babb einleitend fest: „Given the diversity of national contexts, the recent trend toward neoliberal convergence seems surprising. After all, neoliberal transitions have occurred almost everywhere – irrespective of level of development (France vs. Mexico), regime type (England under Thatcher vs. Chile under Pinochet), or cultural context (India vs. Argentina). One possible explanation for such convergence is that policymakers in diverse national contexts have arrived at common technical solutions, based on a common set of problem: neoliberalism 'works'“. (Babb 2001: 2)

Mit der Krise des keynesianischen Nachkriegsmodells Anfang der 1970er Jahre erfolgte ein Suchprozess, der ökonomisch in den Übergang zu einer stärker finanzmarktgetriebenen Produktionsweise führte und der ein Jahrzehnt später mit der Wahl von Margaret Thatcher zur Premierministerin in Großbritannien, Ronald Reagan zum Präsidenten der USA und Helmut Kohl zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland neoliberale und neokonservative Kräfte in Regierungen beförderte. Mit der Krise des Fordismus war auch ein Ansehensverlust der keynesianisch orientierten Wirtschaftswissenschaften verbunden. Deren Probleme, die Krise zu erklären, konnten die neoliberalen Ökonomen mit ihren unterschiedlichen Theorien nutzen. Insbesondere wurden die geld- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen des Monetarismus stark gemacht, die bald von einer technokratischen Intelligenz sowohl in zivilge-